



Nr. 135 / 25.06.2021

# **Alexander HOFFMANN** informiert

---

DER NEWSLETTER DES WAHLKREISABGEORDNETEN FÜR MAIN-SPESSART UND MILTENBERG

---

## ***Den Unterausschuss aus seinem Schattendasein herausholen!***

Liebe Leserinnen, liebe Leser, zum letzten Mal vor der Wahl hat der Unterausschuss „Bürgerschaftliches Engagement“ des Bundestages in dieser Woche getagt. Im Mittelpunkt der Sitzung unter meinem Vorsitz stand eine Bilanz über die Engagementpolitik in der bald endenden 19. Legislaturperiode.

Der Unterausschuss hat sich in den zurückliegenden drei Jahren – er hatte sich im Juni 2018 konstituiert (siehe auch Newsletter Nr. 83 vom 08.06.2018) – in insgesamt 32 Sitzungen vielen Aspekten des Ehrenamts intensiv gewidmet. Auch hat sich der Unterausschuss mehrfach mit konkreten, gemeinsam im Konsens erarbeiteten Stellungnahmen und Initiativen in die engagementpolitische Debatte eingebracht. Das bestätigt auch unser umfangreicher Tätigkeitsbericht, der insgesamt 153 Seiten umfasst und unter [www.bundestag.de](http://www.bundestag.de) abruf- und downloadbar ist.

Es war mir eine große Ehre, bereits in meiner zweiten Wahlperiode einen Unterausschuss leiten zu dürfen. Der Dialog mit ehrenamtlich Engagierten aus ganz Deutschland ist sehr interessant und stets auch sehr bereichernd gewesen. Ehrenamtliches Engagement ist umfassend und sehr vielschichtig. Allerdings muss konstatiert werden, dass sowohl die



Wahrnehmung als auch die Wirksamkeit des Gremiums nach wie vor leider sehr begrenzt sind. Ich setze mich deshalb dafür ein, dass aus dem Unterausschuss in der nächsten Legislaturperiode

ein vollwertiger Ausschuss wird. Auch aus Sicht der Mitglieder aller Fraktionen des Unterausschusses „Bürgerschaftliches Engagement“ muss das Gremium aufgrund seiner immensen und ressortübergreifenden Bedeutung endlich zu einem ordentlichen, also vollwertigen Ausschuss aufgewertet werden. Zum einen, um größere Sichtbarkeit zu erlangen; zum anderen, um endlich mehr konkret bewegen zu können.

Ich meine, wir sollten dem vielfältigen bürgerschaftlichen Engagement und ehrenamtlichen Einsatz von Millionen Bürgerinnen und Bürgern endlich eine bündelnde Stimme im Parlament geben – und zwar eine Stimme, die sowohl aktiv Initiativen anstößt als auch eine Stimme, die stets berücksichtigt wird bei allen aktuellen Gesetzesvorhaben, die die Bereiche Ehrenamt und Bürgerschaftliches Engagement betreffen.

Ich habe mich deshalb mit einem Appell sowohl an die Spitze meiner Fraktion als auch an Bundestagspräsidenten Dr. Wolfgang Schäuble gewandt, dieses Anliegen zu Beginn der nächsten Wahlperiode zu unterstützen, wenn die Einsetzung der Ausschüsse ansteht. Die vielen Bürgerinnen und Bürger, die sich in erheblichem Umfang freiwillig und unentgeltlich für gesellschaftliche Belange einbringen, sind auf engagementfreundlichere Rahmenbedingungen angewiesen. Diese weiter mit ganz konkreten Maßnahmen zu verbessern, darum muss es künftig verstärkt gehen.

Hier ist in dieser Legislaturperiode zwar durchaus einiges geschehen: Nachdem im zurückliegenden

Jahr bereits die Deutsche Stiftung für Engagement und Ehrenamt auf den Weg gebracht wurde, die insbesondere die Digitalisierung und Engagement in ländlichen Regionen unterstützt, enthielt auch das Steuergesetz 2020 viele Verbesserungen für die Engagierten und Organisationen. Sowohl die Übungsleiter- als auch die Ehrenamtszuschale wurden zum 1. Januar 2021 deutlich angehoben: Die Übungsleiterzuschale stieg von 2.400 Euro auf 3.000 Euro, die Ehrenamtszuschale von 720 Euro auf 840 Euro pro Jahr.

Noch wichtiger als die finanzielle Anerkennung ist den meisten Engagierten allerdings eine massive



Unterausschuss-Vorsitzender Alexander Hoffmann präsentiert den 153-seitigen Tätigkeitsbericht des Gremiums, welcher nicht nur die geleistete Arbeit zusammenfasst, sondern auch zahlreiche konkrete Handlungsempfehlungen für die neue Wahlperiode auflistet.

Entbürokratisierung des Ehrenamtes. Dies ist die wichtigste Handlungsempfehlung, die wir als Unterausschuss der nächsten Regierung auf die To-Do-Liste geschrieben haben.

Die enorme Bürokratiebelastung ist aus meiner Sicht der größte Hemmschuh wenn es darum geht, Nachfolger/innen für verantwortliche Positionen im Vorstand von Vereinen und Organisationen zu finden. Da müssen wir dringend ran – ich bleib dran!

Herzlichst

Ihr

Alexander Hoffmann, MdB

Fotos: Laurence Chaperon;  
CDU/CSU-Bundestagsfraktion;  
Michael Dominik